

Kein Zwang zum Sprachgendern? Von wegen!

Neben offenem Zwang gibt es einen oftmals einen nicht minder wirkungsvollen informellen Druck zum Sprachgendern oder eine Mischung aus beidem.

Die nachfolgend aufgeführten Beispiele habe ich mehreren der wöchentlich erfolgenden Info-Briefen sowie Artikeln der vierteljährig erscheinenden Sprachnachrichten des VDS (Verein Deutsche Sprache e.V.) entnommen, diese dann ausgewertet und schließlich eigene Bewertungen vorgenommen.

Die hier herausgegriffenen Fälle stehen exemplarisch für viele andere und zeigen zudem eindrucksvoll, in welche Richtung die Entwicklung geht. Wer mehr erfahren will, kann sich gerne an die Bundesgeschäftsstelle des VDS wenden.

Allensbach-Stiftung: Geistiges Klima an Universitäten

Eine repräsentative Umfrage der Allensbach-Stiftung für den Deutschen Hochschulverband und die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ergeben, dass sich das geistige Klima deutlich verändert hat: So fühlten sich im Jahr 2021 bereits 40% der Hochschullehrer unter dem Druck eines Meinungsklimas, dass durch formelle wie informelle Vorgaben die Freiheit von Forschung und Lehre eingeschränkt werde. In der vorangegangenen Umfrage aus 2019/2020 sahen dies erst 31% so.

Und sogar 47% gaben 2021 an, dass man Ärger bekomme, wenn man sich der sogenannten ‚gengerechten Sprache‘ verweigere. Schließlich meinten 80% der Befragten, dass es „*erlaubt*“ sein sollte, sich der Gendersprache zu verweigern (vgl. Info-Brief vom 27.11.2021).

Diese Aussagen einschließlich der hohen Prozentwerte sind erschreckend und zeigen in aller Deutlichkeit auf, wie weit es mit diesem gefährlichen Unsinn gekommen ist:

Wenn sich bereits heute so viele Hochschullehrer einem solchen Druck ausgesetzt sehen, welcher freies Forschen und Lehren derart massiv einschränkt und obendrein von einer nachweislich unsinnigen sowie jeder seriösen Wissenschaftlichkeit Hohn sprechenden Ideologie, dann wird klar, wieweit schon heute die Hochschulen dem harten Zugriff im Sinne jener angeblichen politischen Korrektheit ausgesetzt sind: Aus Orten von Aufklärung, Vernunft und Freiheit werden immer stärker jene von ideologischer Verbohrtheit, Unvernunft und Unfrei-

heit! Man muss sich das einmal vorstellen: Nachweislicher Unfug einer ideologisch verbohrteten Minderheit etabliert ein Klima der Angst und Unfreiheit, in dessen Folge Wissenschaftler, die den Grundsätzen wissenschaftlicher Redlichkeit treu geblieben sind, aufgrund dessen in ihrer Forschungs- wie Lehrtätigkeit behindert oder gar ganz daran gehindert werden. Stattdessen feiert die Unvernunft fröhliche Urstände an jenen Orten, wo dies am allerletzten der Fall sein dürfte. Und dass 80% der befragten Hochschullehrer angeben, dass eine Verweigerung gegen diesen Genderunsinn doch ‚*erlaubt*‘ sein sollte, spricht Bände: Bedarf es jetzt schon einer Erlaubnis, dass man nach redlichen wissenschaftlichen Grundsätzen forschen, publizieren und lehren darf?!

Petition: Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)

Mit einer Petition gegen den Genderzwang an Universitäten – dem sich u.a. der Bundesvorsitzende des VDS, Prof. Walter Krämer sowie die CDU-Bundestagsabgeordneten Christoph Ploß und Philip Amthor angeschlossen haben – bezieht der RCDS klar Position: Man wehre sich mit dieser Petition gegen die fortschreitende Zwangsdurchsetzung einer angeblich gendergerechten Sprache, wodurch Studenten zunehmend angehalten werden, falsches Deutsch zu schreiben (vgl. Info-Brief vom 23.05.2021).

Studentenvertreter sehen sich also mittlerweile gezwungen, sich gegen politisch-ideologischen Unsinn an ihren Universitäten zur Wehr zu setzen, um eine Selbstverständlichkeit wieder zur Geltung zu bringen: Richtiges Deutsch in wissenschaftlichen Arbeiten und Prüfungen zu schreiben, bzw. überhaupt schreiben zu dürfen!

Universität Bremen: Schlechtere Note bei Nichteinhaltung der Gendersprache?

Ein Student sollte einen Notenabzug erhalten, weil er in seinem Referat nicht gegendert hatte damit eine angeblich ‚*Chauvinistische Sprache*‘ benutzt habe. Dies sorgte dann allerdings für so viel Wirbel, dass der Konrektor der Universität eingriff und eine schlechtere Bewertung gerade noch einmal verhindert werden konnte (vgl. Info-Brief vom 08.50.2021).

Man muss sich dies einmal vorstellen: Ein Student hält ein Referat in korrektem Deutsch und wird dafür nicht nur mit einem Notenabzug

von seinem Dozenten bedroht sondern gar als Nutzer einer angeblich chauvinistischen Sprache beschimpft, ja geradezu beleidigt. Auch wenn in diesem Fall ein Notenabzug gerade noch verhindert wurde, ist dies immer noch ein ungeheurer Skandal. Außerdem muss man über keine hellseherischen Fähigkeiten verfügen, welche akademischen Perspektiven aufrichtige Studenten bei solch ideologisch verblendeten Dozenten haben werden: Prüfungen und Bewertungen dort erbrachter Leistungen können dann eben mit anderen, fragwürdigen Begründungen schlechter ausfallen, die sich dann formal nicht auf die Nichteinhaltung einer angeblich politisch korrekten Sprache beziehen. Der Spielraum ist da sicher sehr groß und wird wohl auch von Ideologen weidlich ausgenutzt werden. Wer will da noch ernsthaft die Behauptung aufrecht erhalten, dass es sich bei sogenannten ‚Orientierungshilfen zu einer gendergerechten Sprache‘ an Hochschulen lediglich um nicht-verbindliche Vorgaben handeln würde und jeder sich doch wirklich völlig frei auch gegen jenes Neusprech entscheiden könne. Vorgänge, wie der hier beschriebene, sprechen eine nur allzu deutliche Sprache, vor allem hinsichtlich der zu erwartenden zukünftigen Entwicklung, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

Universität Kassel will Studenten zum Gendern zwingen

An der Universität Kassel dürfen Studenten nun auch ganz offiziell nicht mehr auf Hilfe hoffen, wenn ein Dozent ihre Prüfungsleistung bei Nichteinhaltung der Genderregeln schlechter bewertet. So heißt es in den Leitlinien der Gleichstellungsstelle: „Im Sinne der Lehrfreiheit steht es Lehrenden grundsätzlich frei, die Verwendung geschlechtergerechter Sprache als ein Kriterium bei der Bewertung von Prüfungsleistungen heranzuziehen.“ Dass dies auch umgehend praktische Auswirkungen hat, wird durch folgendes Beispiel belegt: Ein Student erhielt eine schlechtere Note, weil er nicht gendert hat und beugte sich dann schließlich dem Druck und genderte dann doch.

Mitarbeiter der Uni trauten sich laut der ‚*Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen Zeitung*‘ nur zu Interviews bereit, „wenn ihre Ö-Töne gendert werden.“ (vgl. Info-Brief vom 04.04.2021).

Es ist also soweit: An der Universität Kassel dürfen laut der eigenen Richtlinien wissenschaftlich korrekt arbeitende Studenten mit schlechteren Noten bestraft werden, wenn sie sich nicht jenen Neusprechregeln unterwerfen, die nachweislich falsches Deutsch beinhalten. Man

wird also dafür diskriminiert, dass man richtiges Deutsch verwendet! Das muss man sich einmal vorstellen: An einer deutschen Universität muss man aus rein ideologischen Gründen falsches Deutsch verwenden, damit man keine schlechtere Note erhält, wenn es der Dozent so will. Das wäre genauso, als wenn man im Fach Geographie behaupten müsste, dass die Erde eine Scheibe sei, um eine gute Note zu erhalten. Aber nicht nur Studenten leben in Furcht vor den Sprachwächtern, den modernen Blockwarten im angeblich politisch korrektem Gewand: Nein, auch die Mitarbeiter haben Angst vor negativen Konsequenzen, wenn auch nur der Verdacht besteht, dass sie sich nicht willfährig jenen Ideologen unterwerfen: Sie sind nur dann zu Presseinterviews bereit, wenn ihre Aussagen in dem angeblich politisch korrekten Neusprech gedruckt werden.

Das alles ist ein ungeheuerlicher Skandal und ein weiterer Schritt in die Unfreiheit sowie Unvernunft an genau jenem Ort, welcher doch Hort des glatten Gegenteils sein sollte. Aber sobald verbissene wie unbelehrbare Ideologen erst einmal an den Hebeln der Macht sitzen, nutzen sie jene eben auch knallhart aus und das nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte!

Gendern und Cancel Culture an deutschen Hochschulen

Der Begriff ‚*Cancel Culture*‘ heißt in Deutsche übersetzt ‚*Absage oder Löschkultur*‘ und trifft damit den Kern jenes Anliegen: Was nicht angemessen im Sinne der politisch-korrekten Ideologie ist, soll gar nicht erst in Erscheinung treten, sondern von Beginn an zum Verstummen gebracht werden. Es handelt sich dabei um eine Unterdrückungskultur, die jede noch so gut begründete Kritik nicht nur als feindselig bewertet, sondern auch als moralisch verwerflich, so dass dadurch eben jene diskussionslose Löschung abweichender Meinungen gerechtfertigt sei.

Nachfolgend zitiere ich aus dem VDS Info-Brief vom 18.04.2021:

„Der Druck, sich politisch korrekt zu verhalten, wird größer – an vielen Hochschulen.“ Zu diesem Schluss kommen die Autoren Ricarda Breyton und Nikolaus Doll in der Zeitung ‚*Die Welt*‘. Meinungskonformität breite sich an den Unis aus, so Breyton und Doll, die Intoleranz gegenüber anderen Auffassungen nehme zu – die Freiheit der Forschung sei in Gefahr. Einwände gelten von vornherein als feindselige Kritik. Eine moralische Überlegenheit derer, die Cancel

Culture betreiben, breite sich aus. Einige Themenfelder seien mittlerweile so „vermint“, dass Dozenten und Studenten sie meiden. Doch gegen das Unwesen einer Unterdrückung freier Meinung regt sich Widerstand. Liberale und CDU-nahe Studentenvertretungen machen ihrem Ärger Luft, verfassen offene Briefe an die Universitätsverwaltungen. Das neu gegründete Netzwerk Wissenschaftsfreiheit setzt sich für ein freiheitliches Wissenschaftsklima ein. Prof. Andreas Rödder von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz stellt den wissenschaftlichen Diskurs in den Vordergrund: „Wir wollen, dass alle Fragen wissenschaftlich diskutiert werden. Personen, die anderen den Mund verbieten wollen, müssen mit einer Gegenhaltung rechnen.“ Ende des Zitates.

Berlin: Gender-Zwang an Grundschulen

Dass es für Gender-Gegner bereits heutzutage schon weitaus ungemütlicher werden kann, als gerade eben beschrieben, zeigt das Bundesland Berlin. Ich zitiere nachfolgend aus dem VDS Info-Brief vom 14.08.2021 mit Verweis auf einen Artikel in der Zeitung *Welt*: „Eine Lehrerin berichtet in der *Welt* von Gendervorgaben an Berliner Grundschulen. Als Referendarin wurde sie angehalten, Arbeitsblätter für ihre Schüler sowie Studienarbeiten zu gendern, andernfalls wurde mit dem Durchfallen gedroht, heißt es. Sie habe sich daher immer umstellen müssen, sobald Ausbilder in den Unterricht kamen: Ein unbeschwertes Unterrichten der Kinder sei so nicht möglich. Zumal die Kinder sich jedes Mal neu anpassen müssen, wenn sie eine Sprache spricht und schreibt, die ihnen im alltäglichen Leben „total unbekannt“ sei. Der Druck auf sie sei immens gewesen, die Anweisungen seien nicht diskutabel, hieß es von den Seminarleitern. Die Berliner Senatsverwaltung teilte auf Anfrage mit, die Seminarleiter hätten sich an die Geschäftsordnung des Landes zu halten, welche die sprachliche Gleichbehandlung von Mann und Frau vorsieht. Dazu gehörten geschlechtsneutrale Begriffe oder die Nennung beider Geschlechter. Zu der Frage, wie es sich mit der Androhung, durch die Abschlussprüfung zu fallen, verhält, äußerte sich der Senatssprecher nicht. Die Lehrerin bemängelt zudem, dass sich das Gendern nicht in der Lebensrealität der Kinder wiederfinde – diese hätten ganz andere Probleme.“ Ende des Zitates.

An dem oben geschilderten Fall einer Referendarin für das Lehramt wird ein weiteres Mal deutlich, wie die Genderideologen mit jemandem verfahren, der es auch nur im Geringsten wagt, sich ihnen zu widersetzen: Es wird schlicht mit dem Durchfallen durch die staatliche Prüfung und damit dem beruflichen Aus gedroht. Basta! Alle Argumente dieser jungen, engagierten Lehrkraft hinsichtlich der Probleme, welche die Gendersprache für ihre Schüler bedeute, bleiben einfach unberücksichtigt. Es ist den links-grünen Politikern, die in Berlin nun einmal das Sagen haben, völlig egal. Der Durchsetzung ihrer ideologischen Vorstellungen muss alles andere untergeordnet werden, egal zu welchem Preis. Wer sich nicht fügt, wird schon vor Beginn seiner Laufbahn als Lehrer gnadenlos aussortiert!

Wer nach all diesen Beispielen noch behaupten will, dass in Deutschland niemand zum Sprachgendern gezwungen oder zumindest mehr oder minder stark genötigt wird, der verschließt ganz fest die Augen vor der Realität und verkennt vor allem die sich abzeichnende Entwicklung, wenn sich die Mehrheit nicht gegen jene verbohrte, aber oftmals sehr machtvolle kleiner Gruppe der Sprachgenderideologen zur Wehr setzt!

Kontakt: Dr. Hans-Dieter Bottke, Idar-Oberstein, info@drbottke.de